



**Gesellschaft für
Politikdidaktik und
politische Jugend- und
Erwachsenenbildung**

Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung

Ministerium für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Staatssekretär Mathias Richter
40221 Düsseldorf

Prof. Dr. Monika Oberle
Georg-August-Universität
Göttingen
Institut für Politikwissenschaft
Platz der Göttinger Sieben 3
D-37073 Göttingen
Email:
moberle@uni-goettingen.de
Internet: www.gpje.de

Göttingen, 06.04.2020

**Stellungnahme der GPJE zur avisierten Reform der Kernlehrpläne an
Real-, Gesamt- und Sekundarschulen in Nordrhein-Westfalen**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

die **Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)** dankt Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen des Verbändebeteiligungsverfahrens zu den Entwürfen für neue Kernlehrpläne der Sekundarstufe I Stellung zu nehmen. Ausgehend von zentralen grundsätzlichen Überlegungen möchten wir im Folgenden für die **Kernlehrpläne für Realschulen (Politik) und Gesamtschulen/ Sekundarschulen (Gesellschaftslehre)** dringenden Änderungsbedarf anmahnen und konkrete Änderungsvorschläge einbringen, die sich im Detail in anhängenden kommentierten PDF-Versionen der Lehrplanentwürfe finden.

Im Regierungsprogramm der nordrhein-westfälischen CDU wird ausgeführt: „Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulformen verstärkt über unseren Staatsaufbau, die Grundwerte und Rechte in unserer Demokratie aufgeklärt wird. Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die unsere Grundwerte leben“ (Regierungsprogramm der CDU 2017, S. 54). Diese programmatische Ausrichtung ist angesichts der aktuellen Herausforderungen für unsere freiheitliche Demokratie dringend gefordert und sehr begrüßenswert, auch entspricht sie der jüngsten KMK-Empfehlung zur politisch-demokratischen Bildung (vgl. <https://bit.ly/2V6tUUv>). Die Forderung nach mehr politischer und gesellschaftlicher Bildung wird leider in den vorliegenden Vorschlägen zur Reform der Kernlehrpläne der Leitfächer politischer Bildung in der Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen an vielen Stellen konterkariert, indem politisches Lernen gegenüber dem ökonomischen Lernen als nachrangig dargestellt wird. Angesichts der Herausforderungen in Politik und Gesellschaft braucht es jedoch mehr politische Bildung – und nicht weniger. Während andere Bundesländer erkennen, dass in Zeiten von zunehmendem

Populismus und Extremismus die politische Bildung durch eine Erhöhung des Stundenanteils bzw. eine Stärkung der Eigenständigkeit des Unterrichtsfaches Politische Bildung aufzuwerten ist, droht in Nordrhein-Westfalen eine Abwertung der politischen Bildung zugunsten der ökonomischen Bildung. Die Aushöhlung politisch-demokratischen Lernens, die sich in den Entwürfen zu neuen Kernlehrplänen abzeichnet, ist weder wissenschaftlich begründ- noch bildungspolitisch vertretbar. Politisches Lernen zielt dabei neben Wissen auf Urteils- und Handlungsfähigkeit und orientiert sich am sozialwissenschaftlich etablierten Bildungsziel der „Mündigkeit“. In ihrer derzeitigen Fassung fallen die Kernlehrpläne leider hinter den aktuellen (internationalen) Diskussionsstand in der politischen Bildung zurück.

So wird **politisch-demokratisches Lernen** in den Entwürfen zu den neuen Kernlehrplänen **gegenüber dem ökonomischen Lernen als nachrangig definiert**, was sich auch in der vorgeschlagenen Lernfeldbezeichnung „Wirtschaft-Politik“ spiegelt. Dass die Rolle der Staatsbürger/-innen gegenüber der Rolle der Wirtschaftsbürger/-innen in den Entwurfsfassungen fast durchgängig nachgeordnet wird, ist angesichts der eingangs genannten Bildungsziele und Herausforderungen unseres Gemeinwesens **nicht angemessen, nicht legitimierbar und sollte dringend korrigiert werden**. Dies betrifft Formulierungen wie *„ökonomische und politische Mündigkeit“*, Reihungen wie *„ökonomische, politische und gesellschaftliche“* Inhalte, Probleme etc., *„Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“* als Gegenstandsbereiche der avisierten Urteils- und Handlungskompetenzen, der entsprechende Aufbau von Abschnitten und Argumentationen sowie die einseitige und beschränkte Auswahl von Fallbeispielen für Inhaltsfelder. **Konkrete Änderungsvorschläge** diesbezüglich finden Sie im transparenten **Korrekturmodus** in den anhängenden PDF-Versionen der Anhörfassungen der Kernlehrpläne.

Auch die Struktur der Kernlehrpläne und die Ausdifferenzierung der Handlungskompetenzen bedürfen einer Überarbeitung. Es ist äußerst ungünstig, dass die in den Kernlehrplänen aufgeführten **Handlungskompetenzen** – anders als es bei der Sach- und Urteilskompetenz der Fall ist – zumeist **nicht mit den Inhaltsfeldern verknüpft** werden. Damit werden die Handlungskompetenzen nicht für die Inhaltsfelder operationalisiert, was **in der Unterrichtspraxis zu einer Vernachlässigung dieser Kompetenzdimension führen wird**. Die Steuerungswirkung des im Kernlehrplan eingangs skizzierten Kompetenzmodells ist damit deutlich eingeschränkt. Dies sollte dringend überarbeitet werden, indem **Handlungskompetenzen auch in den Inhaltsfeldern als Unterrichtsziele konkretisiert** werden.

Wir hoffen sehr, dass unserer Vorschläge Berücksichtigung finden, und danken Ihnen für Ihre Bemühungen.

Für Rückfragen und eine weitere Unterstützung stehen die Mitglieder des Sprecherkreises der GPJE und ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Monika Oberle'.

Prof. Dr. Monika Oberle

- Sprecherin der GPJE -

Anlagen: Kommentierte Anhörfassungen der Kernlehrpläne Realschule (Politik) und Gesamtschule/Sekundarschule (Gesellschaftslehre)